

«DIE SCHWEIZ MUSS AN SICH SELBST GLAUBEN»

Die Schweiz wird immer bunter, immer vielgestaltiger, immer internationaler. Umso wichtiger ist es, sich auf die Werte zu besinnen, die dieses Land im Innern zusammenhalten, sagt der Soziologe Kurt Imhof. Von Sascha Renner und David Werner

Herr Imhof, vor zwei Jahren sagten Sie auf einer Fachtagung zur Integration: «Wer integrieren will, muss wissen, wer er ist.» Wollten Sie damit andeuten: Wir Schweizer wissen nicht mehr, wer wir sind?

KURT IMHOF: Grundsätzlich verläuft die Konstitution von Identität immer so, dass man zuerst weiss, wer man nicht ist, bevor man weiss, wer man ist. Besonders in Krisen- oder Umbruchperioden entwerfen sich Gesellschaften sehr stark über das Fremde. Je stärker der positive Bezug zum eigenen Land – sei er nun verfassungspatriotisch oder ereignisgeschichtlich orientiert – verloren geht, desto mehr verlegt man sich darauf, das Fremde in allen seinen Schattierungen zu problematisieren. Dies ist in der Schweiz viel zu intensiv der Fall. Alles deutet darauf hin, dass wir in einer Orientierungskrise stecken. Die Schweiz braucht wieder mehr Glauben an sich selbst, sonst bekommt sie noch mehr Probleme.

Brauchen wir also so etwas wie eine Leitkultur-Debatte?

IMHOF: Das kulturelle Selbstverständnis der Schweiz hat sich in der Vergangenheit sehr stark über so genannte Sekundärtugenden ausgebildet: Pünktlichkeit, Genauigkeit, Perfektion, Seriosität. Service-public-Unternehmen wie die SBB, die PTT, die Kantonalbanken, die Elektrizitätswerke oder die Wasserschlösser in den Alpen verkörperten diese Werte in Reinform. Sie wurden dadurch Träger des nationalen Selbstverständnisses mit grosser Wirkkraft. Diesen Tugenden verdankt etwa der Finanzplatz Schweiz seine Existenz und seine Reputation. Man ging davon aus, man habe die besseren Institutionen und Regulationen als andere Staaten. Wenn man nun von Leitkultur spricht, müsste man wieder an die genannten Sekundärtugenden anschliessen. Gleichzeitig müsste

man sich wieder auf den kulturellen Wert der spezifisch schweizerischen politischen Strukturen besinnen: direkte Demokratie, Föderalismus, Konkordanz- und Kollegialitätsprinzip. Auf diese Weise könnte erreicht werden, dass wir die Schweiz wieder als gemeinsames, von allen mitgetragenes Projekt begreifen.

Sie wollen damit sagen, der Schweiz sei der Gemeinschaftsgeist abhanden gekommen. Wie konnte das passieren?

IMHOF: In der öffentlichen Diskussion fällt auf, dass die zentralen Institutionen der schweizerischen Gesellschaft sowie die leitkulturellen Elemente nicht mehr thematisiert werden, und wenn, dann wird daran fundamental Kritik geübt, und zwar von links bis rechts. Das scheint mir bemerkenswert für eine Nation, die im Globalisierungsprozess bestehen soll. Woher kommt das? Nirgends hat der Anti-Etatismus eine solche Schlagkraft entwickelt wie in der Schweiz. Hier wurde schon in der Krise der frühen 70er-Jahre das auch in liberaler Perspektive absurde Dogma «Weniger Staat, mehr Freiheit» lanciert. Das war, bevor Margareth

einen Paradeplatzstaat, der das Apartheid-Regime unterstützt, gegen einen Bourgeoisestaat, der die Interessen der Elite vertritt. Auch die Linke hat den Staat seit den 60er-Jahren nur negativ wahrgenommen. Kein Wunder also lässt sich so erfolgreich eine negative Identitätspolitik über die Problematisierung des Fremden betreiben, einerseits über Europa, andererseits über die Migranten.

Pointiert zusammengefasst empfehlen Sie also, vermehrt Geld in Staatsunternehmen wie die Post oder die SBB zu stecken; dadurch würde das Gemeinschaftsgefühl revitalisiert, soziale Fliehkräfte würden gebändigt, und damit wären letztlich auch die Integrationsprobleme gelöst...

IMHOF: Ja, so überspitzt finde ich diese Formulierung gar nicht. Man sollte diese Diskussion einmal ganz offensiv so führen. Man hat in der Schweiz während 150 Jahren mit immensen Mitteln das Militär aufrechterhalten. Wir haben dieses Militär aber nur in zwei kurzen historischen Perioden gebraucht. Die eigentliche Funktion des Militärs – das sage ich als «alter» Anti-Militarist – war die der Integration der Schweiz über die Sprach- und Klassengegensätze hinweg. Ähnliches verdanken wir dem Schweizerischen Bildungssystem oder etwa der

«Die Schweiz hatte eine Avantgardefunktion im Anti-Etatismus. Der anti-etatistische Furor dauert nun schon 30 Jahre.» Kurt Imhof

Thatcher 1979 und Ronald Reagan 1980 an die Macht kamen. Die Schweiz hatte also geradezu eine Avantgarde-Funktion im Anti-Etatismus. Der anti-etatistische Furor dauert nun schon 30 Jahre lang. Er bewirkte, dass inzwischen kaum mehr jemand am Zukunftspotenzial der verfassungsmässigen Institutionen arbeiten mag. Zu diesem rechten Anti-Etatismus gesellt sich noch ein ganz ausgeprägter Anti-Etatismus auf der linken Seite – gegen den Fischenstaat, gegen

Post und den SBB. In der gegenwärtigen Diskussion geht vollständig vergessen, dass die wichtigsten Einrichtungen der Schweiz in gar keiner Weise über den Marktwettbewerb entstanden sind, sondern vielmehr über den nationalstaatlichen Wettbewerb besserer Regulationen. Dadurch erzielte die Schweiz jene Standortvorteile, die sie auch in finanzieller Hinsicht zu einem Land mit magnetischer Wirkung machten. Wenn man nun im Wettbewerb der Deregula-

tion Institutionen nur nach ihrem Marktwert beurteilt und nicht nach ihrem Integrationswert, ihrem demokratischen Charakter und ihrem Beitrag für den sozialen Frieden, dann gibt man ein Gemeinwesen mitsamt seinen spezifischen Wettbewerbsvorteilen auf. Die reine Marktlogik führt zu einer Nivellierung schweizerischer Standortvorteile. Ein gewaltiger Wohlstandseinbruch wäre die Folge. Die Schweiz muss teuer bleiben, denn sie muss dauerhaft eine Innovationsrendite erwirtschaften.

Ist die von Ihnen vorgeschlagene Strategie der Stärkung des Service public nicht ein Schönwetter-Rezept? Schliesslich müssen die staatlichen Leistungen auch finanziert werden – finanziert durch Gelder, welche die private Wirtschaft auf einem immer rauer werdenden Weltmarkt erwirtschaften muss.

IMHOF: Was bisher funktioniert hat, kann auch weiterhin funktionieren. Nichts spricht dagegen, schon gar nicht eine falsche Dogmatik, die eine gesunde Volkswirtschaft mit einem schwachen Staat kombinieren will. Das hat in 200 Jahren nirgends funktioniert. Und: Die ökonomische Globalisierung ist nichts Neues, sie ist so alt wie die Moderne selber. Die Service-public-Leistungen in der Schweiz waren immer auch ein Anreiz für die heimische Wirtschaft, denken Sie nur an den Lokomotiv- oder den Turbinenbau, die Bau- und Verkehrswirtschaft. Wichtiger aber noch: Die politischen Strukturen, das Bildungssystem und die Kernstrukturen der schweizerischen Wirtschaft und die damit verbundene «Leitkultur» produzierten zusammen die wichtigste Essenz erfolgreicher sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, nämlich Verlässlichkeit und Vertrauen in die Zukunft. Nur das rechtfertigt Investitionen.

In den Nachkriegsjahrzehnten hatte die Schweiz einen bedeutenden wirtschaftlichen Vorsprung auf die anderen Länder:

IMHOF: Auch in der Nachkriegszeit musste die Schweizer Wirtschaft damit leben, dass das Lohnniveau hier hoch war – viel höher als in den kriegsversehrten Ländern Europas. Trotzdem hatte man in der Schweiz in den 50er-Jahren und zu Beginn der 60er-Jahre einen Aufschwung wie nie zuvor. Die Schweiz profitier-

te von ihrer Innovationsstärke und ihren sonstigen Standortvorteilen. Dagegen kommt mir die Schweiz im momentanen Globalisierungswettbewerb wie ein Akteur vor, der nicht weiss, wie attraktiv er sein könnte. Je länger die Nichtanschlussfähigkeit an die gewachsenen Strukturen dauert, je länger wir nicht in der Lage sind, wieder von einem Projekt Schweiz zu sprechen, desto stärker verliert dieses Land den quasi-natürlichen Standortvorteil. Das schweizerische Bildungssystem, die SBB, die Post usw. haben einen nicht ethnischen Nationalstolz entfacht. Der Nationalstolz ist die sozialmoralische Grundlage, eine politische Kraft, die man pflegen muss.

Wenn Sie die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen – Staatsabbau, Fokus auf globale wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit – um zwanzig Jahre in die Zukunft verlängern, wie sähe dann die Schweiz aus?

IMHOF: Zunächst hätten wir es mit einer Zunahme von Populismus und mit weiter prosperierenden Protestparteien zu tun, damit auch mit einer Zunahme von Charismatikern in der Politik. Als Folge davon würde die Schweiz fundamentale Wettbewerbsvorteile wie politische Berechenbarkeit und soziale Sicherheit verlieren – Standortvorteile, die bisher dafür verantwortlich waren, dass die Schweiz Hort eines Drittels des internationalen Kapitals ist. Die Schweiz würde sich im Kontext eines einigermaßen prosperierenden Europa, das nach universalistischen Gesichtspunkten

IMHOF: Man kann mit Fug und Recht das Gegenteil behaupten. Gehen wir davon aus, dass der zentrale Wert der Moderne die Demokratie ist, dann müssen wir auch gleichzeitig einen Souverän voraussetzen. Wenn wir einen Souverän voraussetzen, dann brauchen wir demokratische Institutionen. Die demokratischen Institutionen sind territorial bezogen. Der territoriale Anspruch kann ausgedehnt werden, wie bereits schon in der Schweiz von 1848 von den Kantonen auf den Bundesstaat; er kann auch auf Europa ausgedehnt werden. Wir brauchen aber territoriale Einheiten, in denen Bürgerinnen und Bürger sich als Autoren der Gesetze fühlen können, denen sie sich selber unterziehen – sonst geben wir den zentralen Anspruch der Moderne auf. Also braucht es einen Gemeinsamkeitsglauben auf föderaler und nationalstaatlicher Ebene. Gemeinsamkeitsglauben ist keine böse Sache, sondern eine soziale Tatsache und immer auf vielfältige Zugehörigkeiten bezogen.

Ist die Schweiz tatsächlich fähig, die neue, vertraglich geregelte Öffnung zu Europa, etwa im Bereich Personenfreizügigkeit, auch mentalitätsmässig mitzuvollziehen?

IMHOF: Die Schweizer Geschichte zeigt, dass dieser Prozess tatsächlich möglich ist. Man hat in der Schweiz von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat gefunden. Und gerade die Schweiz als im Kern neben Luxemburg zweit-erfolgreichstes Migrationsland Europas hat gezeigt, dass die Integration von Migranten

«Der Nationalstolz ist die sozialmoralische Grundlagen, eine politische Kraft, die man pflegen muss.» Kurt Imhof

operiert, hinunternivellieren. Die sozialen Konflikte würden zunehmen, die sozialen Unterschiede weiter wachsen und die sprachregionalen Gegensätze wieder erwachen. Damit wäre dann das Projekt Schweiz gescheitert.

Sie setzen viel Vertrauen in den Nationalstaat. Angesichts der Globalisierung und der zunehmenden Individualisierung wirkt dies mit Verlaub etwas rückwärtsgerichtet.

möglich ist. Mit dem Resultat, dass sich die italienischen Migranten aus den 50er- und 60er-Jahren heute schweizerischer fühlen als die Schweizer. Es ist also gelungen, sowohl im Inneren als auch nach aussen die Identität partiell neu zu konstruieren. Dieser Prozess muss weitergehen, die Frage ist nur wie: durch Abgrenzung gegen aussen, oder indem sich die Schweiz selber mit einbringt? Ich plädiere für letzteres.

A portrait of Kurt Imhof, a sociologist, standing in an urban setting. He is wearing a dark green jacket over a light-colored shirt. The background features a concrete wall with graffiti, a street with snow, and a construction crane in the distance.

KURT
IMHOF
SOZIOLOGE

Stimmt die Gleichung: Je offener die Grenzen, desto grösser die sozialen Disparitäten?

IMHOF: Das hängt von der sozialökonomischen Herkunft der Migranten ab. Vorübergehend wird dies auch diesmal der Fall sein. Das erlebten wir auch in den 1950er- und 1960er-Jahren mit der Immigration aus Italien. Wir hat-

betrifft. Beobachten Sie, dass uns diese Erfahrung im Hinblick auf Ausländerintegration zum Vorteil gereicht?

IMHOF: Ja, aber nur dann, wenn man diese Erfahrung auch thematisiert. Die föderalen Strukturen sind ausserordentlich aufnahmefähig, weil partikuläre Interessen auf kleinem

«Die Immigranten müssen sich in der Schweiz politisch ebenso gut entfalten können wie die Schweizer selber.» Kurt Imhof

ten damals Wohn- und Einkommensverhältnisse von Migranten, die signifikant schlechter waren als der Durchschnitt der Schweizerinnen und Schweizer. Vorübergehend sind Migrationsperioden immer mit einem Anstieg von Ungleichheit verbunden. Das Entscheidende ist nur, ob die Einwanderer in Bezug auf sich selber, aber vor allem auf ihre Kinder, eine Aufstiegsperspektive haben können. Geben wir ihnen systematisch weniger Chancen und beschneiden wir ihre politischen Rechte, dann laufen wir Gefahr, Ghettoisierungsprozesse zu fördern. Und dann könnten Probleme auf die Schweiz zukommen, die schlicht nicht zu bewältigen sind – siehe Grossbritannien, USA oder Frankreich. Um dies zu verhindern, müssen wir am universalistischen Prinzip von gleicher Bildung festhalten. Damit die Leute überhaupt die Chance haben, sich zu integrieren, müssen sie die im jeweiligen Landesteil gebräuchliche Sprache benutzen können. Sonst kommen zu den ethnischen Schranken auch noch Klassenschranken hinzu.

Sind sie für die Vergabe des Stimm- und Wahlrechts an Ausländer?

IMHOF: Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Demokratie gegenwärtig zwanzig Prozent der Wohnbevölkerung ausschliesst. Das ist fatal! Die Immigrationspopulationen in der Schweiz müssen sich politisch ebenso gut entfalten können wie die Schweizer selber.

Die Schweiz ist ein Land mit erprobten politischen Verfahren im Management von kultureller Diversität, besonders was den Interessenausgleich zwischen den Landesteilen

Raum subsidiär behandelt werden. Je grösser die Subsidiarität ist, desto weniger Reibungsverluste haben wir bei der Integration von Migranten. Das sind Vorteile, die man sich immer wieder bewusst machen muss.

Eine zentrale Herausforderung für jegliche Integrationsbemühungen besteht in kulturellen Divergenzen. Wo liegen die Grenzen der Tolerierung kultureller Eigenheiten von Immigrantengruppen?

IMHOF: Der moderne Nationalstaat, der ein ausgesprochen integrationsfähiges Modell von Vergesellschaftung ist, hat dafür eine Antwort gefunden: Zwingend ist eine strikte Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit. Das heisst Partikularismen und Individualismen gehören in den privaten Raum, dort steht jedem die Religionsausübung oder Pflege der eigenen Tradition frei. Daneben gibt es öffentliche Institutionen; dort haben diese Partikularismen nichts zu suchen.

In Deutschland wird momentan gerade diskutiert, ob man Eltern bestrafen soll, die ihrer Tochter den Ehepartner aufzuzwingen versuchen. Zwangsehen gehören jedoch bei vielen Migrantengruppen zur kulturellen Identität. Wie würden Sie in diesem Fall die Grenze zwischen öffentlichem Interesse und dem Recht auf Traditionspflege ziehen?

IMHOF: In Bezug auf das schweizerische Strafrecht gilt eindeutig, dass Zwangsheiraten wie auch Frauenbeschneidung und jede Form der Blutrache nicht zulässig sind, auch wenn diese zur ethnischen Tradition gehören sollten. In Graubereichen – Stichwort Kopftuch – kann

man spezifischen Traditionen entgegenkommen. Aber grundsätzlich darf man dort, wo es um psychische oder physische Gewalt an Menschen geht, den Rechtsstaat nicht zugunsten einer ethnischen Selbstentfaltung reduzieren. Punkt.

Liberale Gesellschaften schweben immer ein wenig in Gefahr, ihr eigenes Gegenteil zu tolerieren, indem sie der Intoleranz und dem Fundamentalismus Nischen offen lassen. Muss sich die Linke nicht vorwerfen lassen, allzu blauäugig dem Traum einer multikulturellen Gesellschaft nachgegangen zu haben?

IMHOF: Absolut, ja. Es ist paradox, dass ausgerechnet grosse Teile der Linken das Herkunftsprinzip – nicht in Bezug auf Schweizer, aber in Bezug auf Immigranten – als ganz entscheidendes Kriterium betrachteten. Wo doch die Linke sich sonst von aufklärerisch-universalistischen Ideen leiten lässt. Dieser grundsätzliche Widerspruch ist der multikulturalistischen Bewegung nie bewusst geworden.

ZUR PERSON

Kurt Imhof ist Professor für Publizistikwissenschaft und Soziologie an der Universität Zürich, Leiter des fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft – und Direktor des Soziologischen Instituts der Universität Zürich. Arbeitsschwerpunkte: Öffentlichkeits- und Mediensoziologie, Gesellschaftstheorie, Soziologie sozialen Wandels, Minderheitensoziologie.

KONTAKT kurt.imhof@foeg.unizh.ch

WEBSITE www.foeg.unizh.ch